

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Inge Donnepp, Justizminister von Nordrhein-Westfalen, warnt vor neuen Benachteiligungen der Frauen in der Gesellschaft.

Seite 1/2

Karl Schneider, SPD-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag sieht in der Koalitionsentscheidung der hessischen FDP eine Niederlage für Herausforderer Dregger.

Seite 3

Alfons Bayerl MdB, Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag wirft Strauß vor nur mit halben Herzen Ministerpräsident von Bayern werden zu wollen.

Seite 4

Junge Leute und die Politik - Notizen von Fritz Sanger.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 114

19. Juni 1978

Vom Jahr, zum Jahrzehnt, zum Jahrhundert der Frau?  
-----

Von Inge Donnepp MdL  
Justizminister von Nordrhein-Westfalen und Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland in der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen

Ende des Monats trifft sich in Wien der Vorbereitungsausschuß für die 1980 in Teheran stattfindende zweite Weltfrauenkonferenz zu seiner konstituierenden Sitzung. Um die Ergebnisse des Internationalen Jahres der Frau in die Praxis umzusetzen, hatte die 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahrzehnt 1975 bis 1985 unter dem Leitmotiv "Gleichheit, Entwicklung und Frieden" zur Frauendekade erklärt und für die Halbzeit eine Weltfrauenkonferenz beschlossen, die die seit der Mexiko-Konferenz 1975 erzielten Fortschritte weiterentwickeln soll.

Eine der vordringlichen Aufgaben der in diesem Frühjahr stattgefundenen 27. Sitzung der Frauenrechtskommission war es daher, die Planungen für die Weltfrauenkonferenz von 1980 voranzutreiben. Eine von der Bundesrepublik mit eingebrachte Resolution wird dazu beitragen, eine möglichst frühzeitige und umfassende Vorbereitung sicherzustellen. Auch wurde ein weiterer Vorschlag aufgegriffen, als Schwerpunkte der Konferenz die Bereiche "Erziehung", "Beschäftigung" und "Gesundheit" zu benennen.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland, in der Frauenrechtskommission zum ersten Male mit Sitz und Stimme vertreten, konnte überhaupt mit dem Echo auf ihre Beiträge während der 27. Sitzung zufrieden sein. Besondere Beachtung fanden so u.a. die Pläne zur gezielten Förderung der Frau im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe. Noch fehlen z.B. Kriterien zur Prüfung von Entwicklungsprojekten hinsichtlich

ihrer Auswirkungen auf die Rollenverteilung in der Familie - Fortschritt kann all zu leicht für die Frauen Rückschritt bedeuten.

Es geht also nicht nur darum, bestehende Benachteiligungen abzubauen, sondern es gilt ebenso neuen Benachteiligungen entgegenzutreten.

Dennoch wird immer wieder Sinn und Zweck von Konferenzen und Gremien, gerade auf internationaler Ebene, angezweifelt. Die Schwierigkeit liegt darin, daß ihr Wert nicht in Mark und Meter gemessen werden kann, sondern nur an dem Interesse und der Reaktion, die Regierungen, Institutionen, Organisationen und Individuen ihrem Anliegen entgegenbringen. So betrachtet, kann kein Zweifel bestehen am Erfolg des Internationalen Jahres der Frau, der Weltfrauenkonferenz von Mexiko und der Arbeit der Frauenrechtskommission. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Regionen unserer Welt, wo Benachteiligungen am ausgeprägtesten und am deutlichsten erkennbar sind. Für Millionen Frauen - vornehmlich in der Dritten Welt - geht es zunächst einmal um die Wahrung ihrer Menschenwürde, vielleicht sogar ums Überleben.

Die Planung und Vorbereitung von Aktionen zugunsten der Frauen ist dabei oftmals ebenso mühsam wie die Umsetzung der angestrebten Ziele auf nationaler und internationaler Ebene. Dennoch muß es, solange die Gleichstellung der Frau nicht erreicht ist, Konferenzen und Gremien geben, die diese Fragen immer wieder aufgreifen und Anregungen und Instrumente für ihre Verwirklichung erarbeiten.

Patentlösungen sind in keinem Falle zu erwarten - weil es sie nicht gibt. Aber für weitere Fortschritte, so sehr man über Größenordnung auch streiten mag, lohnt es sich einzusetzen. Deshalb ist die Haltung der Bundesregierung vor dem Hintergrund von Überlegungen, die Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen aus Kostengründen abzuschaffen, nur zu begrüßen, sich angesichts der von der Frauenrechtskommission geleisteten Arbeit nachdrücklich für einen Fortbestand dieses Gremiums einzusetzen.

Die erste und die z.Zt. in Vorbereitung befindliche zweite Weltfrauenkonferenz werden ebenso wie die Frauenrechtskommission selbst ihren Beitrag zu einem Kapitel der Geschichte dieses Jahrhunderts leisten, das der geänderten Rolle der Frau gewidmet sein wird. Die Frauen sind sich in zunehmendem Maße ihrer Benachteiligungen bewußt geworden. Auch Männer haben inzwischen verstanden, daß auf den Beitrag der Frauen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen des Lebens nicht verzichtet werden kann. Die Strukturen einer männerorientierten Welt beginnen sich zu verändern.

Es bleibt ein langwieriger Prozeß, der keineswegs mit Ende der UN-Frauendekade abgeschlossen sein wird. Aber alle politisch denkenden Männer und Frauen müssen daran mitarbeiten, daß wir nicht noch ein "Jahrhundert der Frau" benötigen.

Die Parteien in unserem Lande sind deshalb aufgerufen, dem wachsenden politischen Engagement der Frauen, das sich in steigenden Mitgliederzahlen äußert, eine angemessene Reaktion entgegenzubringen. Kandidatennominierungen bei Landtagswahlen und erst recht bei der Europawahl sind Gelegenheit, diesen Bewußtseinsprozeß zum Ausdruck zu bringen. Es gilt die politische Chance zu nutzen und einem Gebot der Gerechtigkeit nachzukommen. Sozialdemokraten sollten sich in diesem Punkt von niemandem übertreffen lassen.

(-/19.6.1978/ks/hgs)

Niederlage für Dregger  
-----

## FDP-Votum als Bestätigung der sozialliberalen Koalition

Von Karl Schneider MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Mitglied des Landesvorstandes der Hessen-SPD

Die hessischen Sozialdemokraten ringen um die Zustimmung jedes einzelnen Wählers. Für sie gilt das bereits auf dem Landesparteitag im März erklärte Ziel, wie bei der Bundestagswahl 1976 erneut stärkste Partei in Hessen zu werden und dann die sozialliberale Koalition fortzusetzen.

Der Sonderparteitag der hessischen FDP vom Wochenende in Flörsheim hat an dieser Ausgangslage für die Hessen-SPD nichts geändert. Die Sozialdemokraten haben durch den Ablauf der Diskussionen und letztlich auch durch die Beschlüsse dieses Forums erneut erfahren, wie entscheidend es ist, in ihrem Landesvorsitzenden Ministerpräsident Holger Börner einen glaubwürdigen Politiker an ihrer Spitze zu haben. Er verkörpert sozialliberale Politik. Wie hoch auch die Wogen auf dem FDP-Parteitag gingen, wie unterschiedliche Meinungen artikuliert wurden, keiner der Redner ließ Zweifel an den politischen und menschlichen Qualitäten und Fähigkeiten Börners aufkommen.

Nimmt man hinzu, die auch von den unterlegenen "Offenhaltern" in der FDP niemals bestrittene weitgehende Übereinstimmung der Wahiprogramme von SPD und Freien Demokraten in entscheidenden Bereichen (Friedenspolitik, Wahrung des Rechtsstaates, Justizpolitik und nicht zuletzt der gesamte Bildungsbereich), so zeigt das Votum von Flörsheim eine andere Qualität als die aus dem Abstimmungsergebnis zunächst herauslesende 60 zu 40 Relation.

Die CDU Alfred Dreggers hat eine Niederlage hinnehmen müssen, so sehr dies auch nun hinter giftigen Kommentaren von dieser Seite umgemünzt werden soll. Dreggers Versuch, die FDP zu sich herüberzuziehen ist in Flörsheim gescheitert. Selbst der Bundestagsabgeordnete Hoffie der im Landkreis Darmstadt/Dieburg mit der CDU kommunalpolitisch eng zusammenarbeitet, ließ an Dregger kein gutes Haar. Er warnte geradezu vor ihm.

Dreggers Versuch, die Knie der FDP zu umschlingen, sie zuerst anzuflehen und dann umzuwerfen, ist gescheitert. Auf diesen Trick ist kein Liberaler hereingefallen. Vielleicht gerade deshalb, weil der erzkonservative Alfred Dregger über Nacht nur noch das Wort "Liberalität" im Munde führte und selbst vor der Verleugnung der eigenen Überzeugung nicht zurückschreckte. Prompt kam dann auch der Wolf unter dem Schafspelz Minuten nach der Abstimmung der Delegierten wieder hervor. Die CDU sprach in einer eilends verteilten Erklärung wieder die alte Sprache: Alle die SPD oder FDP wählen, werden aus dem Lager der Demokraten ausgeschlossen. Wer nicht mit der CDU geht, ist ein Opportunist. Demokratische Meinungsbildungen werden nicht zur Kenntnis genommen und für genau die Bereiche, in denen Dregger Liberalität versprochen hatte, was immer er sich darunter auch vorstellt, will er nun wieder eine Kursänderung nach seinem konservativen Willen.

Der konsequente Kurs der Hessen-SPD und ihres Spitzenkandidaten Holger Börner ist durch den Klärungsprozeß des Wochenendes nur noch bestärkt worden. Am 8. Oktober dieses Jahres geht es in Hessen wirklich darum, ob dieses Land sozial und frei bleibt. Eine starke SPD ist dafür der beste Garant.  
(-/19.6.1978/vo-he/hgs)

Strauß geht es um Bonn, nicht um Bayern

Der CSU-Vorsitzende will sich auf seine neue Rolle nicht einstellen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Muster, wie der Vorsitzende der CSU seine eigene Partei behandelt, wird er als künftiger Ministerpräsident auch die Bürger behandeln: Wie einen Haufen unmündiger Kinder. Als beim CSU-Parteitag am Wochenende in München eine einzige kontroverse Abstimmung darüber stattfinden sollte, ob künftig weiterhin bei CSU-Parteitagen 1.000 ausgewachsene Delegierte - meist Männer - im Eilzugtempo ohne Diskussion für Strauß die Arme heben sollen oder nur noch 500, waren nicht einmal Stimmzettel vorhanden.

Wie Herr Strauß als künftiger Ministerpräsident das Land Bayern und seine Bürger zu behandeln gedenkt, macht seine Rede auf dem Parteitag, der den Landtagswahlkampf eröffnen sollte, deutlich: Zwei Stunden lang holte er zum Rund-um-Schlag gegen die ganze Welt aus. Ganze fünf Minuten seiner Rede - von 14.17 Uhr bis 14.22 Uhr - widmete er der bayerischen Landespolitik.

Bayerns Bürger wird es nichts nützen, wenn ein Ministerpräsident den Rassisten in Afrika Beistand leistet oder sich um neue Waffensysteme kümmert, während das Land die höchste Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik hat und weite Gebiete in Franken, Niederbayern und der Oberpfalz weiterhin vernachlässigt werden. Sein Sieg in Bayern, sagte der Mochtergern-Kanzler, müsse Auftakt sein für den Sieg in Bonn. Ein freies Bayern sei Voraussetzung für ein freies Deutschland, ein freies Europa und den Frieden in der Welt. Potz Blitz: Dieser Herr hat Courage. Die Mehrheit der Bürger, vor allem die Arbeitnehmer und Rentner, deren soziale Sicherheit unter einem Kanzler Strauß nur noch ein paar Pfennige wert wäre, während andere wenige die großen Summen einstreichen würden, können auf diese Freiheit des Herrn Strauß verzichten. Strauß betrachtet das Land Bayern nur als das Bett, in dem er seinen Traum vom Kanzler in Deutschland zu Ende träumen will. Solche Großnachtträumer hatten wir in Deutschland schon genug. Sie müssen in den Geschichtsbüchern bleiben und dürfen nicht mehr in die reale Politik zurückkommen.

(-/19.6.1978/vo-he/hgs)

+ + +

## Vor einem Plakat notiert

Sie standen vor einem der Aushänge, die von der CDU in allen Hamburger Stadtteilen verbreitet waren und auf denen vor den "Träumern" gewarnt wurde, mit denen keine Politik zu machen sei. Die Sozialdemokraten waren gemeint. Es war ein Dutzend Jugendlicher oder mehr, Jungen und Mädchen aus dem nahen Gymnasium, und die Wahl war längst vorbei.

"Wieso Träumer?" Das sei doch "reiner Quatsch" gewesen. Schließlich hätten die Sozis doch zuerst von dem blauen Himmel über der Ruhr gesprochen, hätten doch zuerst verlangt, daß Umweltschutz nötig sei. Die Sozis seien damals ausgelacht worden, aber dann hätten "auch wir" es begriffen.

"Bist Du in der CDU?"

"Klar, Mensch, der ist doch Junge Union, irgendso'n Boss." Der "Boss" bejahte und meinte: "Wir wollten das ja nicht, aber die Alten begreifen das immer erst zu spät."

"Habt Ihr das gelesen mit dem Habsburg in Bayern?" - "Nee, wer ist das?" Es wurde erklärt und einer meinte, da müsse doch irgendwas dahinterstecken, habe sein Vater gesagt. "Also wieder ein Österreicher, der in Bayern deutsche Politik machen will?"

"Mensch, ja richtig, wie Hitler!" Die Jungen und Mädchen redeten durcheinander und wurden lauter. Einer schließlich: "Ob die da was machen, die Bayern, der Strauß? Das geht doch einfach nicht!"

Eine Antwort: "Die werden schon einen Artikel in der Zeitung schreiben, irgend einer, der nichts zu sagen hat, und damit ist es aus; dann geschieht nichts. Das ist doch immer so!"

Es war, als sei das Stichwort gefallen: Die Diskussion wandte sich sofort anderen Vorgängen zu, und die Kritik am Geschehen oder eigentlich daran, daß nichts geschehe, wurde unüberhörbar deutlich: "Die in der Regierung und im Bundestag, die wissen schon, was nötig ist, aber sie tun es nicht!"

Und: "Wenn sie es wissen, sagen sie auch nur die Hälfte von dem, was sie wissen, damit wir nicht aufmüpfen, wir, die Bürger."

Es wurde eine Lehrstunde für Gemeinschaftskunde aus diesem Gespräch vor dem Plakat nach beendetem Schulunterricht. Die Schüler unterrichteten den heimlichen Mithörer, und der begriff, daß diese Jugend keinesfalls "staatsmüde" ist, auch nicht "staatsverdrossen", wohl aber enttäuscht über zu viele Worte und zu wenig Handlungen, über fehlende Konsequenzen, wenn es darum geht, erkannte Übel sofort und vollständig zu beseitigen.

Der Mithörer schrieb noch eine große Zahl von erfreulichen Äußerungen auf, die zu hören waren, unter anderem: "Glaubst Du denn, daß die die Beamten wirklich bestrafen, die solche Bücherlisten aufgestellt haben? Die Strolche lachen sich doch ins Fäustchen und sind morgen vorsichtiger, wenn sie eine andere Masche stricken. Die Regierung passt nicht auf!"

Nur einer meinte, sie passe schon auf, aber "sie verniedlicht ja alles".

Dem Mithörer kamen Erinnerungen aus früherer Zeit.

Fritz Säger  
(-/19.6.1978/vo-hc/hgs)